



Europa-Universität Viadrina, PF 1786, 15207 Frankfurt (Oder)

**Ein Ergebnis des Masterseminars *Doing Democracy: Problemanalysen im Policy Brief Format*
und der Deutsch-Polnischen Vernetzungskonferenz *Doing Democracy: Connecting Academia & Civil Society*
Across Borders 27/28.4.2026, Frankfurt(Oder)/Ślubiice**

Leitung: Dr. Anja Hennig

31.07.2026

POLICY BRIEF #3

Zivilgesellschaft schützen – Delegitimierung stoppen!

Kommunalverwaltungen als Schutz und Partner der demokratischen Zivilgesellschaft

Anna Clicqué, Sandra Gliszczynski und Stilpon Stergiou

Executive Summary

- Demokratische zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland wie in Brandenburg stehen unter Druck: sie sehen sich Angriffen ausgesetzt und werden zunehmend durch die Verbreitung von Narrativen diskreditiert, die ihre programmatische Neutralität und Legitimität in Frage stellen. Das wirkt sich wiederum negativ auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Zivilgesellschaft aus.
- Solche Strategien werden zwar insbesondere von der extremen Rechten verfolgt, diese Erzählungen verfangen aber auch in der politischen Mitte. Exemplarisch dafür steht die flächendeckende kleine Anfrage von CDU/CSU 2025 im Bundestag sowie die grundlegende Reform des Förderprogramms „Demokratie Leben!“.
- Das sinkende Vertrauen in die Zivilgesellschaft kann die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen stark beeinträchtigen, die in zahlreichen Bereichen staatliche Aufgaben übernehmen und dadurch die Verwaltung entlastet. Gleichzeitig werden “Räume” des demokratischen Austauschs eingeschränkt.
- Die Kommunalverwaltungen unterstützen lokale zivilgesellschaftliche Partner öffentlich nur zurückhaltend, teils gebremst durch das Neutralitätsgebot, dem sie unterliegen. Medienwirksame Aussagen haben jedoch in der Vergangenheit solchen delegitimierenden Angriffen effektiv entgegengewirkt.

Policy alternative

- Unterstützung der Zivilgesellschaft durch Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Kommunalverwaltungen

Recommendation

- Umsetzen eines Kommunikationsprotokoll, das Verwaltungen als Handreichung für den öffentlichen Umgang mit Drohungen und gewalttätigen Vorfällen gegen die Zivilgesellschaft dient. Die Anleitung umfasst Schritte von der Meldung des Vorfalls, über die interne Koordination bis hin zur öffentlichen Kommunikation.

Protecting Civil Society—Stop Delegitimization! **Municipal administrations as protectors and partners of democratic civil society**

Executive Summary (English version)

- Democratic civil society in Germany, including the state of Brandenburg, is facing increasing pressure. Civil society actors are not only subjected to growing levels of intimidation and aggression but are also systematically challenged in terms of their legitimacy and political neutrality, contributing to a gradual erosion of public trust and acceptance.
- While such strategies have long been associated with the far right, these narratives are increasingly gaining traction within the political mainstream. Prominent cases like the extensive parliamentary questions by the conservative CDU/CSU group in the German parliament in 2025 and the currently planned reform of the federal funding scheme 'Demokratie leben!' reveal a pattern of spreading distrust and institutional setbacks for civil society.
- The declining level of trust increasingly disrupts the work of civil society organizations that perform essential public functions at the municipal level and complement the work of local authorities. At the same time, democratic "third spaces"—places for civic participation and democratic exchange—are alarmingly shrinking, like in many provinces across East Germany.
- Municipal administrations rarely express public support for local civil society organizations, largely due to legal uncertainty surrounding the principle of political neutrality. However, previous cases have shown that public statements condemning far-right attacks generated public solidarity and increased media attention. That demonstrates the positive impact of clear and visible institutional responses.

Policy alternative

- Supporting civil society by improving public relations work of local administration.

Recommendation

- Implement the steps of a communication protocol that provides municipal administrations with clear guidance on covering incident reporting, internal communication and public communication. Such a protocol would strengthen institutional support for democratic engagement.

1. Problembeschreibung

1.1 Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Der Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen schrumpft zunehmend in liberalen Demokratien. Dieser Prozess des “Shrinking Space of Civil Society” wird durch Einschränkungsversuche und Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure angetrieben (Keppke 2026, 9). Zu den Angriffen zählen neben der Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch repressive Polizeieinsätze und die verstärkte staatliche Überwachung von zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGOs (siehe (Hummel & Schubert 2025, 1)) auch die Verbreitung von Narrativen, die ihre programmatische Neutralität und ihre Handlungsberechtigung in Frage stellen oder gar absprechen und sie in ihrer Legitimation schwächen.. Unter Handlungseinschränkungen zählen hingegen die Kontrolle und Einschränkung von finanzieller Unterstützung, insbesondere internationaler Finanzierungsquellen oder missbräuchlichen Rechenschaftsauflagen von Seiten des Staates (Hummel et al. 2025, 650).

Die Zivilgesellschaft steht auch in Deutschland unter Druck. Insbesondere die Zivilgesellschaft, die sich für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft und im Zuge dessen auch gegen Rechtsextremismus engagiert, wird zunehmend bedroht und in ihrer Arbeit beeinträchtigt (Sommer & Ratzmann 2022, 3). Konkret bedeutet dies, dass sie Angriffe erleiden, die von verbalen Äußerungen bis hin zu körperlicher Gewalt reichen, wie zum Beispiel die jährlichen Chroniken zu rechten Vorfällen in Frankfurt (Oder) von Utopia e.V. (2024) zeigen.

Von herausragender Bedeutung ist die Verbreitung des Anti-NGO-Narrativs, welches die Legitimität von ZGOs und ihre Arbeit in Frage stellt (Hummel et al. 2025; Lochau et al. 2026). Von besonderer Bedeutung ist die sogenannte „Neutralitätsdebatte“, bei der von der Zivilgesellschaft angesichts ihrer formalen Gemeinnützigkeit politische Neutralität gefordert wird und diese aber als beeinträchtigt gesehen wird. Aus der politischen Mitte sowie von rechten und rechtsextremen Akteuren wird der Vorwurf laut, ZGOs würden linke und progressive Ideologien verbreiten und „parteipolitische Einflussnahme“ (Hummel & Schubert 2025, 1) ausüben. In diesem Rahmen wird die staatliche Finanzierung von bestimmten ZGOs bzw. breiteren Förderprogrammen wie Demokratie Leben! kritisiert, wie die parlamentarischen Anfragen der AfD und der CDU/CSU zeigen. Die von der CDU-Bundesfamilienministerin Karin Prien angekündigte Reform von Demokratie Leben! und das Auslaufen von Förderungen aus dem Programm (Beham & Soennichsen 2026; Bundesregierung 2026) zeigt, dass auf diese Narrative Taten folgen. Mit der Unterstellung, eine linke politische Agenda zu verfolgen, wird der Zivilgesellschaft also zum einen ihre Legitimation und zum anderen ihre Fördermittel entzogen.

Diese Angriffe zeigen ihre Wirkung und stellen ein erhebliches Problem für das demokratische Miteinander dar. Zum einen beschränkt es den zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Teilhabe, Interessenvertretung und sozialen Zusammenhalt, da sich zivilgesellschaftliche Akteure aus ihren Tätigkeitsfeldern zurückziehen und eine Selbstzensur zu beobachten ist (Lochau et al. 2026; Weiberg & Schöll 2025). In der Folge wird der demokratische Diskurs beeinträchtigt und die Vielfalt an Stimmen reduziert. Außerdem schwächt die Verbreitung von Delegitimierungsnarrativen das gesellschaftliche Vertrauen in die Zivilgesellschaft. Die Edelman-Studie (2025) zeigt ein in Deutschland niedriges Vertrauensniveau in NGOs von 40% auf, was wiederum auf ein mehrheitliches Misstrauen hinweist – und

ein Blick auf die Vorjahre verrät eine fallende Tendenz. So wird die demokratische Resilienz der Gesellschaft insgesamt geschwächt.

1.2 Delegitimierungsversuche in Brandenburg

In Brandenburg gerät die Zivilgesellschaft ebenfalls auf diese Weise unter Druck: In Landes- und Kommunalgremien wird die Legitimität ihrer Arbeit systematisch von rechtsextremen Akteuren hinterfragt und auf dem Land bewegen sich ZGO-Mitarbeitende und Ehrenamtliche zunehmend in einem feindseligen Umfeld, in dem sich Einschüchterungsversuche bis zu Angriffen auf jene häufen (Opferperspektive 2025).

Dabei nimmt die AfD eine zentrale Rolle ein, die seit 2025 auf Landesebene als gesichert rechtsextremistisch eingestuft ist (Ministerium des Innern und für Kommunales 2025). Bereits 2021 setzte die AfD-Landtagsfraktion das parlamentarische Instrument der Anfragen gegen das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ und deren geförderten ZGOs und Initiativen ein (AfD-Fraktion 2021). Das 1998 ins Leben gerufene Programm nimmt Rechtsextremismus in Brandenburg in den Blick und soll „Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt“ entgegenwirken und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft zur Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen. Letztlich wurde mit der großen Anfrage der AfD zu dem Thema eine neue Eskalationsstufe erreicht (Lassiwe 2026). Stellvertretend für das Ausmaß dieser Diffamierungsversuche steht allein die Zahl der darin enthaltenen 87 finanzbezogenen Fragen zu Einzelorganisationen sowie „Tolerantes Brandenburg“ selbst. Währenddessen unterstellt die Rhetorik der Anfrage eine linksextreme Gesinnung und erhebt den Vorwurf, dass die Landesregierung jegliche Aufsicht über die betroffenen ZGOs verfehlt. Obwohl die Landesregierung die diffamierenden Behauptungen entschieden zurückgewiesen hat (Aktionsbündnis Brandenburg 2026), wächst die Angst in der Zivilgesellschaft, dass das strategische Vorgehen der AfD zu einem breiteren politisch-gesellschaftlichen Stimmungswechsel beiträgt.

Gerade Angriffe auf ZGOs machen das Schrumpfen der Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar. Darunter fallen Angriffen gegen Freiwillige, wie etwa der bewaffnete Angriff auf Teilnehmende der Veranstaltung für Vielfalt „Bad Freienwalde ist bunt“ im Jahr 2025 (rbb24 2025) sowie gegen Einrichtungen, unter anderem 2025 die Verwüstung des Jugendclubs von Südclub und Bunt-Rock in Lauchhammer (Fritsche 2025) und der Anschlag auf die Räumlichkeiten von Utopia e.V. (2022) in Frankfurt (Oder). Außerdem verdeutlicht das rechtsradikale Tatmotiv hinter dem Brandanschlag auf das Kulturzentrum „Kultberg“ 2024 in Altdöbern die Gefährdungslage für viele ähnliche Einrichtungen in Brandenburg (Hennig et al. 2026).

Die Schwächung der Funktionsweise der ZGOs sowie das schwindende Vertrauen in sie, kann sich schließlich negativ auf die Verwaltung auswirken. Zum einen übernimmt der dritte Sektor für das Allgemeinwohl wichtige Aufgaben des Staates, etwa bei Flüchtlingshilfe, Integration, Antidiskriminierungsberatung und Extremismusprävention und entlastet ihn dadurch. Zum anderen werden ZGOs nicht nur inhaltlich in diesen Themen wie Demokratieförderung tätig, sondern stellen auch inhärent einen Ort der demokratischen Teilhabe dar. Wenn also die Gemeinwesenarbeit und das Engagement zurückgedrängt wird, kann Handlungsfähigkeit und demokratischen Resilienz der Kommune darunter leiden.

Es drängt sich also die Frage auf: „Wie kann die Kommunalverwaltung in Brandenburg die Zivilgesellschaft angesichts delegitimierender Angriffe stärken?“

2. Ausbau der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit

Um die Zivilgesellschaft im Kontext von delegitimierenden Angriffen zu stärken, kann die kommunale Verwaltung nach solchen Angriffen diese öffentlich aufgreifen und sich für die demokratische Zivilgesellschaft aussprechen, um diesen Rückhalt zu geben. Öffentlichkeitswirksame Statements zeigen Wirkung und Einfluss nach rechtsextremistischen Vorfällen, was ebenfalls unser Expert*innen-Interview (Interview 1) bestätigte.

Nicht außer Acht zu lassen ist das Neutralitätsgebot, dem die Verwaltung selbst unterliegt, weshalb sie in ihrem Spielraum zu politischen, öffentlichkeitswirksamen Statements beschränkt ist. Obwohl es juristisch noch nicht abschließend geklärt ist, inwieweit Rechtsextremismus verurteilende Äußerungen durch die Verwaltung möglich sind, gibt es Hinweise darauf, dass solche zwar gegen das Neutralitätsgebot der Verwaltung verstoßen, allerdings zum Schutz der demokratisch-freiheitlichen Grundlage gerechtfertigt und damit verfassungskonform sind (Payandeh 2016; Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz 2025). Kommunalverwaltungen sollten sich daher nicht in ihrem Vorhaben, die Zivilgesellschaft öffentlich zu unterstützen, durch das Neutralitätsgebot abschrecken lassen.

3. Handlungsempfehlung: Kommunikationsprotokoll

Um Angriffen auf die Zivilgesellschaft entgegenzuwirken, muss mehr Öffentlichkeitsarbeit stattfinden. Eine ausgebaut kommunale Öffentlichkeitsarbeit würde im Umgang mit Angriffen den ZGOs die notwendige Rückendeckung geben. Obwohl ein Austausch mit der Brandenburger Verwaltung auf Landesebene besteht, könnte dies vor allem in kleinen Kommunen weiter ausgebaut werden.

Nach einem rechtsextremen Angriff in Cottbus sprach sich das Brandenburgische Innenministerium öffentlich gegen den Angriff aus. Mehr Polizeischutz, eine neue Ermittlungsgruppe und Videokameras sollen demnach dem wachsenden Rechtsextremismus die Stirn bieten. Friedliche Demonstrationen der Bürger*innen Cottbus untermauerten dies (rbb24 2026). Ebenso bestätigte Thomas Prenzel im Expert*innen-Interview (Interview 1), dass diese öffentliche Aussprache und die Aufmerksamkeit der Medien, für die Arbeit des Aktionsbündnis Brandenburg und verschiedener ZGOs unterstützend wirkte.

Aus dem Expert*innengespräch mit einer brandenburgischen Kommunalverwaltung (Interview 2) wurde deutlich, dass es bereits Vorgänge gibt, bei denen von rechtsextremen Angriffen betroffene ZGOs sowie Einzelpersonen diese bei der Verwaltung melden können und sich die Verwaltung im Anschluss intern damit befasst. Innerhalb der Stadtverwaltung bestehen verschiedene Anlaufstellen, die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen, fachlich einordnen und an die jeweils zuständigen Stellen weiterleiten. Wichtig ist, dass jeder Fall einen Einzelfall darstellt und separat betrachtet wird. Zudem kann die Bearbeitung viel Zeit in Anspruch nehmen. Ebenso kann eine öffentliche Äußerung zu einem solchen Fall bis zu mehreren Wochen dauern. Es können zwar Vorschläge eingereicht oder Statements vorformuliert werden, diese müssen aber erst von der Pressestelle genehmigt werden, bevor eine Veröffentlichung stattfindet.

Ein einheitliches Verfahren für Meldungen von rechtsextremen Angriffen auf die Zivilgesellschaft kann die Bearbeitung strukturieren und beschleunigen und das Sicherheitsgefühl für die Betroffenen erhöhen. Meldemöglichkeiten und interne Kommunikationsabläufe bestehen zwar, jedoch fallen sie abhängig vom Einzelfall unterschiedlich aus. Somit variiert außerdem der Bearbeitungsaufwand und Reaktionszeit. Um das zu adressieren, wird hier ein Handlungs- bzw. Kommunikationsprotokoll vorgeschlagen. Nun folgt eine Schritt-für-Schritt-Anleitung.

Schritt 1

In einem ersten Schritt sollte, sofern keine Meldestelle bei der Verwaltung besteht, eine eingerichtet werden. Dafür kann eine zentrale Ansprechperson bestimmt werden, die den lokalen ZGOs bekannt gemacht werden sollte, um Übersichtlichkeit zu verbessern und eine schnelle Kommunikation zu ermöglichen.

Schritt 2

Wenn also eine Meldung eingeht, sollte diese an eine festgelegte, zuständige Koordinierungsstelle weitergeleitet werden. Diese sollte innerhalb kurzer Zeit Kontakt zur betroffenen ZGO aufnehmen, um die Lage genau einzuschätzen und mögliche Unterstützungsmaßnahmen anzubieten. Ein internes standardisiertes Verfahren sollte dafür festgelegt werden, das außerdem Fristen u.a. zur Erstreaktion, internen Weiterleitung und Rückmeldung an die ZGO enthalten könnte. Zudem sollten klare Schritte zur internen Koordination enthalten sein, die die jeweiligen Zuständigkeiten klar darlegt. Ebenso sollte definiert werden, wer im Krisenfall informiert wird, wie Entscheidungen dokumentiert werden und wann externe Partner eingebunden werden. Liegen Anhaltspunkte für strafrechtlich relevante Sachverhalte vor, wäre eine frühzeitige Abstimmung mit einer strafrechtlichen Behörde erforderlich.

Schritt 3

Zusätzlich sollte eine abgestimmte öffentliche Stellungnahme vorbereitet werden. Die Koordinierungsstelle kann eine Pressemitteilung oder Ähnliches vorformulieren und an die Pressestelle weiterleiten. Die Pressestelle sollte nach interner Freigabe schnell eine klare Mitteilung veröffentlichen, die den Angriff verurteilt und somit signalisiert, dass die Verwaltung hinter den ZGOs steht. Sinnvoll ist außerdem, wiederkehrende Vorfälle zu erfassen und regelmäßig auszuwerten, um Muster zu erkennen und das Schutzkonzept fortlaufend zu verbessern.

So unterstützt die Kommunalverwaltung die lokale Zivilgesellschaft und Angriffe werden öffentlich sichtbar gemacht. Außerdem würde die Transparenz im Kommunikationsprozess erhöht und das Vertrauen zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Bürger*innen gestärkt werden.

Wenn die hier vorgeschlagenen Maßnahmen von den Kommunen unberücksichtigt bleiben, wird die Zivilgesellschaft weiterhin in ihrer Legitimität geschwächt und ihre Handlungsspielräume werden verengt. Das kann das Vertrauen in die demokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen weiter senken.

Hiermit droht ein Rückgang des gesellschaftlichen Engagements, auf das Kommunen und lokale Gemeinschaften in Brandenburg angewiesen sind.

Quellen

Expert*inneninterviews

Interview 1: Thomas Prenzel, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus, Potsdam, durchgeführt am 05.06.2026.

Interview 2: Anonymisiertes Expert*inneninterview mit einem*r Mitarbeitende*n einer brandenburgischen Kommunalverwaltung, durchgeführt am 24.06.2026.

Literaturverzeichnis

AfD-Fraktion. (2021, 11. März). Große Anfrage 7. Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ – Akteure, Profiteure und Verbindungen ins linksextremistische Milieu (Drucksache 7/3148). Landtag Brandenburg.
https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_3100/3148.pdf.

Aktionsbündnis Brandenburg. (2026, 23. Februar). Gemeinsam für die Demokratie: Breite Allianz stellt sich Angriffen auf Zivilgesellschaft entgegen. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://aktionsbueundnis-brandenburg.de/gemeinsam-fuer-die-demokratie-breite-allianz-stellt-sich-angriffen-auf-zivilgesellschaft-entgegen/>.

Beham, S., & Birthe, B. (2026, 25. März). Umbau und Unruhe: Projekte von „Demokratie leben!“ auf dem Prüfstand. Tagesschau. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/foerderung-demokratie-leben-100.html>.

Edelman Trust Institute. (2025). 2025 Edelman Trust Barometer. Trust and Crisis of Grievance. Germany Report. <https://www.edelman.com/trust/2025/trust-barometer>.

Fritsche, A. (2025, 4. November). Naziangriff auf das Bunte Lauchhammer: Jugendklub demoliert und beschmiert – Initiative Sichere Orte Südbrandenburg hält zusammen. nd. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1195225.brandenburg-naziangriff-auf-das-bunte-lauchhammer.html>.

Hennig, P., Kampling, K., & Stepputat, H. (2026, 5. März). Terrorprozess gegen junge Neonazis beginnt. NDR. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/letzte-verteidigungswelle-prozess-100.html>.

Hummel, S., Nicke, S., & Oellers, J. (2025). Der Anti-NGO-Diskurs: Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit. Opuscula, 202.

Keppke, F. (2026). Delegitimierungsnarrative gegenüber NGOs im politischen und öffentlichen Diskurs in Deutschland: Eine qualitative Analyse im Kontext der Kleinen Anfrage der Union. Regierungsforschung.de – Das wissenschaftliche Onlinemagazin der NRW School of Governance.

Landtag Brandenburg. (2026, 3. Februar). Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 3 der AfD-Fraktion, Drucksache 8/1959: Staatlich finanzierte NGOs – Zuwendungen des Landes Brandenburg an Nichtregierungsorganisationen (Drucksache 8/2378).
https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w8/drs/ab_2300/2378.pdf.

Lassiwe, B. (2026, 24. Februar). „Die AfD verfolgt eine politische Strategie“: Brandenburger Verbände wehren sich gegen Anfrage zu staatlicher Förderung. Tagespiegel. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/es-geht-um->

[einschuchterung-brandenburger-verbaende-wehren-sich-gegen-anfrage-der-afd-15282210.html](https://www.brandenburg-verbaende-wehren-sich-gegen-anfrage-der-afd-15282210.html).

Lochau, L., Pohl, R., & Geffken, L. (2026). Feindbild Zivilgesellschaft: Sicherheitsreport zu Angriffen auf Demokratieprojekte. Amadeu Antonio Stiftung. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/sicherheitsreport-jeden-dritten-tag-werden-demokratieprojekte-angegriffen-162667/>.

Ministerium des Innern und für Kommunales. (2025, 14. April). Einstufung des Landesverbandes Brandenburg der Partei „Alternative für Deutschland“ als gesichert extremistische Bestrebung. https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Einstufungsvermerk_LV_AfD.pdf.

Opferperspektive. (2026). Jahresbilanz rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Brandenburg 2025. <https://www.opferperspektive.de/monitoring-chronik/monitoring-rechter-gewalt#2025>.

Payandeh, M. (2016). Die Neutralitätspflicht staatlicher Amtsträger im öffentlichen Meinungskampf: Dogmatische Systembildung auf verfassungsrechtlich zweifelhafter Grundlage. Der Staat, 55(4). <https://www.jstor.org/stable/45106276>.

rbb24. (2025, 16. Juni). Vermummte greifen Besucher von Vielfaltsveranstaltung in Bad Freienwalde an. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/06/brandenburg-bad-freienwalde-bunt-vielfalt-veranstaltung-angriff-vermummte.html>.

rbb24. (2026, 30. April). Brandenburger Innenministerium will Signal der Abschreckung senden. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/04/brandenburg-cottbus-rechtsextreme-straftaten-redmann-schick-polizei-ermittlung.html>.

Sommer, M., & Ratzmann, N. (2022). Bedrohte Zivilgesellschaft: Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (DeZIM Research Notes Nr. 10). Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. <https://www.dezim-institut.de/publikationen/bedrohte-zivilgesellschaft/>.

Utopia e. V. (2024). Chronik rechter & rassistischer Vorfälle. Frankfurt (Oder), 2024. <https://utopiaffo.noblogs.org/files/2025/04/Meldestelle-FfO-Chronik-rechter-Vorfalle-2024.pdf>.

Utopia e. V., Flexible Jugendarbeit Frankfurt (Oder) e. V., & Anwohnende der Berliner Straße 24/Bergstraße 189. (2022, 17. November). Angriff und Bedrohung durch rechtsextreme Gruppe auf Anwohnende und Träger der Jugendhilfe. Zuletzt abgerufen am 17.06.2026 von <https://utopiaffo.noblogs.org/post/2022/11/17/pm-angriff-und-bedrohung-durch-rechtsextreme-gruppe-auf-anwohnende-und-trager-der-jugendhilfe/>.

Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz. (2025, 2. April). Urteil VGH O 11/24. https://verfgh.justiz.rlp.de/fileadmin/justiz/Gerichte/Verfassungsgerichtshof/Dokumente/Entscheidungen/VGH_O_11_24_Urteil_02-04-2025_anonym_Rn.pdf.

Weiberg, M., & Schöll, A. (2025). Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird (DeZIM Briefing Notes). Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. <https://www.dezim-institut.de/publikationen/schwindende-raeume/>.